

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsdirektor: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Verlagsstelle: Dresden  
Postamt Dresden, Postfach 1000

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Dresden, Donnerstag, den 12. März 1931

42. Jahrgang

## Skauer Aufträge?

12. März. Die am Mittwoch aus Moskau erhaltene deutsche Grobindustrie... (Text continues with details of industrial reports and trade relations.)

## Für 300 Millionen Mark?

12. März. (Fig. Frankfurt.) Wie bereits bei den gestrigen Besprechungen... (Text discusses financial matters and government actions.)

## und Länder bürgen für den Ausfall

12. März. Die deutsche Zeitung glaubt folgendes zu wissen:... (Text reports on international news and diplomatic relations.)

## zur Rüstungsbeschränkung

11. März. (Fig. Dresden.) Die lang erwartete Veröffentlichung des französischen... (Text discusses military and international agreements.)

# Der rasende Paragraf

### Das Warnungssignal für die deutsche Reaktion

Eine griechische Sage erzählt von dem Ungeheuer Minotaurus, das von Zeit zu Zeit lebende Menschen zum Fraß forderte. Die Opfer, so heißt es, wurden aus dem Meinen des Volkes durch das Los bestimmt und wahllos, sinnlos, ohne den Schein der Gerechtigkeit preisgegeben. Wir auch, wir Menschen des 20. Jahrhunderts, bilden einen solchen Minotaurus in unsrer Mitte und opfern ihm Tausende und aber Tausende Menschenleben, wahllos ohne Gerechtigkeit. Das Ungeheuer heißt: § 218. An Stelle des Volkes entscheidet der sogenannte Arm der Gerechtigkeit und greift — blind wie das Los selber — aus dem Millionenhaufen derer, die gegen den Abtreibungsparagrafen verstoßen, ein paar tausend Unglückliche heraus, sie vor den Kadi zu schleppen. Sagen die Götter wirklich gerecht vor, die Gefängnisse der ganzen Welt reichen nicht zu, die Verurteilten eines einzigen Landes — etwa Deutschlands — aufzunehmen.

Noch wissen wir, daß der „Stuttgarter Skandal“ über viele Familien Angst und Sorge, Not und Verzweiflung bringen kann, dennoch möchte man beinahe wünschen, daß er sich wie ein Waldbrand weiterziehen möge, damit der Wahnsinn solcher Rechtsprechung durch den Abbau dieser Ausdehnung aufgestreift werde. Denn bloße Finsternis auf die Sinnlosigkeit des Abtreibungsparagrafen — und die Sozialisten konnten von jeher heftig genug dagegen an — haben bis heute blutwenig genutzt. Eine Gesellschaft die allein in Deutschland fünf Millionen Menschen keine Arbeit zu geben vermag, eine Gesellschaft, die mit ihrem Ueberflus nichts Besseres anzufangen weiß, als täglich mehr Menschen der nackten Not preiszugeben, eine solche Gesellschaft magt noch, ihre Frauen zum Gebären zu zwingen!

Endlich scheint der Unsinns selbst zu jenem Himmel zu fliehen, in dem die Verfechter des Paragrafen welterschüttern. Der Arm des Gesetzes hat in ein Wespenneßt gelangt. Das Verfahren gegen zwei Stuttgarter Ärzte: Friedrich Wolf und Frau Dr. Klenke-Jakobowicz hat einen Rattenstich weiterziehen nach sich gezogen. Tausende Frauen werden der Abtreibung beschuldigt. Aber damit nicht genug, verdächtigt man auch weitere Stuttgarter Ärzte. Diese Ärzte weisen nun mit Recht darauf hin, daß sie nicht anders gehandelt haben, als ihre Berliner Kollegen und daß diese wiederum, sollten die Verhaftungen gewissenhaft durchgeführt werden, in allen Städten des Reiches viele Leidensgefährten finden dürften. Schon jetzt, so heißt es in einer Pressemeldung, werden täglich weitere Frauen, Mädchen und Ärzte in die Anstalten hineingezogen. Am peinlichsten ist wohl für die Gerechtigkeit der Umstand, daß sich unter den Beschuldigten auch zahlreiche Frauen und Töchter der besten Gesellschaft befinden. So blind war die Gerechtigkeit bisher doch nicht, daß sie ihr Volkes auch auf diese Schichten ausgedehnt hätte. Jetzt endlich gibt's kein Halten mehr, jetzt endlich will die Welle auch über den Köpfen der Hochgeborenen zusammenstürzen, die bis heute in ihrer Mehrheit den Nordparagrafen verteidigten — in der Annahme, er werde sie selbst nie ereilen.

Dennoch hindert der schlimmste Terror die Frauen nicht, ihren Weg zu gehen. Ärzte schätzen die Zahl der jährlichen Abtreibungen in Deutschland auf etwa eine Million. Sechs bis sieben Prozent aller Frauen, also 60 000 bis 70 000, gehen zugrunde, weil ärztliche Hilfe verweigert bleibt. Ärztliche Hilfe bleibt verweigert, weil der § 218 auch den Arzt, der die Schwangerschaftsunterbrechung sodann vornimmt, ins Gefängnis brinat, sofern nicht „im Falle der Geburt Leib und Leben der Schwangeren bedroht sind“. Ob Leib und Leben des erwarteten Kindes durch Unterernährung, Wohnungsnot, Tuberkulose, Siedum bedroht sein werden — man kümmert sich? Die Mutter jedenfalls nicht. Und unsere Bürgerlichen — einschließlich der Nazis die den Paragrafen warm verteidigen — sind dafür, die Geburtshelfer zu steuern, die Fürsorge dafür herunterzudrücken.

Gemessen an der Ziffer der Abtreibungen war die Zahl der Verurteilungen bisher gering. Nach einer Zusammenstellung Siegfried Weinbergs stieg sie von 191 im Jahre 1889 auf 1678 im Jahre 1914, 4388 im Jahre 1921, 5620 im Jahre 1924. Also werden nur etwa ein Zweihundertstel aller Fälle gerichtlich verfolgt. Von 200 „Schuldigen“ Frauen wird eine gepöckelt und als Wärtlerin in dem Minotaurus gepöckelt. Nur eine merkwürdige Gemeinlichkeit bargen diese Urteile von jeher: sie richteten sich fast ausnahmslos gegen die Weibchen der Armen.

# Kapitalausgleich und Wirtschaftskrise

Auf Grund des Young-Planes ist an die Stelle des Generalagenten für Reparation die Bank für Internationale Zahlungen in Basel getreten, die die deutschen Reparationszahlungen anzunehmen und zu verteilen hat. Von vornherein hat man daran gedacht, daß die Bank für Internationale Zahlungen sich nicht darauf beschränken sollte, bei der Durchführung der Reparationszahlungen mitzuhelfen, sondern daß sie darüber hinaus dem internationalen Kapitalausgleich dienen sollte. Es wurde jedoch gleich bei der Gründung von Bankfachverständigen ausgeführt, daß man auf diese Bank für Internationale Zahlungen keine zu großen Hoffnungen setzen dürfe, und man hat bisher auch von ihrer Tätigkeit nicht allzuviel gehört. Jetzt hat man sich in einer Sitzung des Verwaltungsrates der Bank, dem die Notenbankpräsidenten der beteiligten Länder angehören, mit der Frage befaßt, wie der internationalen Wirtschaftskrise abgeholfen sei. Es liegt ein Vorschlag des Gouverneurs der Bank von England, Montagu Norman, vor, der die Gründung eines großen internationalen Bankinstituts vorküsst, mit dessen Hilfe eine großzügige Finanzierung der Weltwirtschaft vorgenommen werden solle. Die Mittel hierfür müßten durch Obligationen aufgebracht werden, für deren Unterbringung namentlich mit dem französischen Kapitalmarkt gerechnet werden könne. Es wurde auch beschlossen, daß die Bank für Internationale Zahlungen die neugegründete Internationale Bodenkreditbank durch Übernahme von Schuldverschreibungen unterstützen solle. Diese Internationale Bodenkreditbank soll verzinsliche Schuldverschreibungen ausgeben, deren Erlös zur Gewährung von Hypotheken, besonders in Deutschland, verwendet werden soll. Man kann nur wünschen, daß es wirklich gelingen möge, eine bessere internationale Kapitalverteilung herbeizuführen. Ob die Weltwirtschaftskrise

in Höhe überwinden werden kann, das hängt zu einem großen Teil davon ab, ob das Kapital aus den Ländern, wo es, wie in Frankreich, im Ueberflus vorhanden ist, dorthin geleitet werden kann, wo es fehlt. Befürchtlich leidet Frankreich jetzt geradezu an einer Ueberfülle an Kapital, während der Erholung der deutschen Wirtschaft die Knappheit auf dem Kapitalmarkt entgegensteht. Die Kapitalknappheit in Deutschland ist zum Beispiel ein schweres Hindernis für den Wohnungsbau und hat auch zum guten Teil dazu beigetragen, daß die Finanznot der Gemeinden einen so gewaltigen Umfang annahm und die öffentlichen Körperschaften so wenig imstande sind, Arbeit für das Geer der Arbeitslosen zu beschaffen.

Zu einem guten Teil sind die Hindernisse, die dem Einstromen französischen Kapitals nach Deutschland entgegenstehen, auf dem Gebiet der Politik zu suchen. Solange immer wieder in der Presse und bei politischen Kundgebungen allerhand Vorwürfe gegen Frankreich laut werden, braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn das französische Kapital sich von Deutschland fernhält, und die Geldrenten der Kapitalisten, von denen jetzt beinahe jeden Tag die Zeitungen künden, sind auch nicht dazu angetan, bei den ausländischen Kapitalisten den Eindruck zu erwecken, daß in diesem Deutschland ihr Geld sicher angelegt wäre. Solange viele unserer Vaterlandspatrioten ihren Wutmonnen millionenweise über die Grenzen schiffen, woher soll da bei den ausländischen Kapitalisten das notwendige Vertrauen zu Deutschland kommen, das nun einmal die Voraussetzung für die Anlage von Auslandskapital in Deutschland sein muß.

Das gemeingefährliche Treiben der Banditen mit dem Sackknüttel müssen heute viele tausend deutsche Arbeiter mit langer Arbeitslosigkeit bezahlen.